

Tagesordnungspunkt 18:

Abgabe einer Regierungserklärung mit dem Titel „Mehr als nur Binnenmarkt - Europa weiterentwickeln für Niedersachsen“ - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 17/1493

Zunächst gibt Herr Ministerpräsident Weil die angekündigte Regierungserklärung ab. Danach folgt die Aussprache.

Ich erteile nun dem Herrn Ministerpräsidenten Weil das Wort. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 25. Mai dieses Jahres, in genau zehn Tagen, werden wir in ganz Europa und auch bei uns in Niedersachsen das neue Europäische Parlament wählen. Ich freue mich sehr, dass sich die Fraktionen dieses Hauses aus diesem Anlass auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag verständigt haben, den wir nachher noch beraten werden und dem ich selbstverständlich vollinhaltlich zustimme.

Die Entwicklung der Europäischen Union betrifft das Land Niedersachsen und die niedersächsische Landespolitik ganz unmittelbar. Die europäische Entwicklung ist für uns in Niedersachsen von allergrößter Tragweite. Deswegen dürfen wir den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht desinteressiert oder gar distanziert gegenüberstehen, sondern müssen genauso engagiert für sie werben, wie es bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen oder Kommunalwahlen für uns selbstverständlich ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Machen wir uns nichts vor: Die Zustimmung zu einem einigen Europa und zur Europäischen Union ist keineswegs mehr überall selbstverständlich. Das gilt in vielen europäischen Ländern, und das gilt - erfreulicherweise nur in abgeschwächter Form - auch bei uns in Deutschland. Ich betrachte es als Aufgabe aller verantwortungsbewussten politischen Kräfte, sich einem solchen schleichenden Euroskeptizismus engagiert entgegenzustellen. Wir in

Deutschland, wir in Niedersachsen haben allen Grund dazu, für Europa zu werben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich nur einige der wichtigsten Gründe für diese Meinung sagen, die mehr als eine Meinung, die eine Einstellung und eine Haltung ist. In wenigen Monaten werden wir uns gemeinsam an den Herbst 1989 - vor 25 Jahren - erinnern. Das waren historische Wochen, die wir alle - davon bin ich überzeugt - unser ganzes Leben lang nicht vergessen werden. Es war eine Zeit, als nach und nach der Warschauer Pakt in sich zusammenfiel und die friedliche Revolution in Osteuropa die Grundlage für eine neue Demokratie bildete. Es war die Zeit, als wir in der alten Bundesrepublik staunend und voller Bewunderung die friedliche Revolution in der DDR verfolgten. Es war die Zeit, als die Mauer fiel und wir das Wunder der deutschen Einigung erlebten. Nicht nur der Prozess der deutschen Einigung, sondern auch der europäischen Einigung hat sich für in Niedersachsen sehr positiv ausgewirkt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen ist heute kein Grenzland mehr an der Nahtstelle des Kalten Krieges, Niedersachsen liegt im Herzen Europas, mitten in seinem Zentrum. Die Europäische Union endet heute nicht mehr an der niedersächsischen Ostgrenze, sondern geht weit darüber hinaus. Die Situation unseres Landes hat sich durch die europäische Einigung fundamental verändert.

Was wir seitdem erlebt haben, ist - das kann man so sagen - tatsächlich einmalig: Wann in der Geschichte - nicht allein in der relativ kurzen Geschichte unseres Bundeslandes, sondern weit darüber hinaus - hat es über 50 Jahre der persönlichen und der politischen Freiheit, des zunehmenden Wohlstands in unserer Heimat gegeben? Die Antwort lautet: Niemals! - Wir verdanken der europäischen Einigung eine historisch einmalige Blütezeit unserer Heimat. Das müssen wir betonen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen sowie Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Das in Erinnerung zu rufen, ist nicht überflüssig in einer Zeit, in der vor allem junge Leute Schlagbäume und Reisepässe innerhalb Europas schlichtweg nicht mehr kennen. Die europäische Einigung ist ein historisches Friedensprojekt. Und schon deswegen

verdient sie es, mit Überzeugung und Begeisterung vertreten zu werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diesen Feststellungen wird kaum jemand ernsthaft widersprechen können. Aber dennoch erleben wir auch in unserem Land Skepsis und Distanz gegenüber der Europäischen Union. Vor allem deswegen, weil die unschätzbaren Vorteile dieses Projektes inzwischen als selbstverständlich angesehen werden und auf der anderen Seite bisweilen der Eindruck vorherrscht, Europa nehme nur, gebe aber nichts.

Wir müssen, so meine ich, dieses Klischee ernst nehmen, aber wir dürfen es nicht unwidersprochen lassen. Es ist schlichtweg falsch. Das müssen wir immer und überall in Erinnerung rufen. Es ist falsch, wenn wir auf die wirtschaftliche Entwicklung schauen, gerade bei uns in Niedersachsen. Nicht weniger als zwei Drittel der Exporte der niedersächsischen Unternehmen gehen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Deutschland hat als Exportnation von den offenen Grenzen im europäischen Binnenmarkt ganz besonders profitiert - und damit auch wir in Niedersachsen. Wo wäre heute die Volkswagen AG, wo wäre die Continental AG, wo wäre die niedersächsische Agrarwirtschaft - um nur einige Beispiele zu nennen - ohne den europäischen Binnenmarkt? Wie viele Arbeitsplätze würde es bei uns in Niedersachsen wohl kosten, hätten wir nicht eine gemeinsame Währung mit unseren europäischen Nachbarn? Und wie wären wohl die Exportmöglichkeiten der niedersächsischen Unternehmen in den außereuropäischen Raum, würde nicht auch die niedersächsische Wirtschaft davon profitieren, dass die europäische Staatengemeinschaft mit einer Stimme spricht, z. B. wenn es um Zollfragen geht?

Nein, wem es um den Wohlstand und um die Arbeitsplätze in unserem Land geht, der muss den Europa- und den Eurokritikern laut und deutlich widersprechen: Europa und der Euro sind die entscheidende Grundlage für den Wohlstand in unserem Land, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Europa gibt nicht, Europa nimmt nur? - Der Gegenbeweis lässt sich ganz konkret in jeder niedersächsischen Region führen. In allen Teilen Niedersachsens gibt es Projekte und Vorhaben, die in den vergangenen Jahren durch die Strukturförderung der Europäi-

schen Union realisiert werden konnten. Leider werden wir in der nächsten Förderperiode einen Rückgang dieser Förderung zu verzeichnen haben. Aber bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Programm zur Förderung der ländlichen Entwicklung 2,1 Milliarden Euro nach Niedersachsen fließen. Dazu kommen weitere Programme, etwa zur Förderung grenzüberschreitender Projekte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind auf diese Unterstützung dringend angewiesen. Ohne die europäische Strukturförderung wären wir unter den finanziellen Gegebenheiten unseres Landes schlichtweg nicht imstande, die regionale Entwicklung in Niedersachsen wirkungsvoll voranzubringen. Das ist ein Thema, das gerade bei uns von allergrößter Bedeutung ist. Überall in Europa, aber gerade auch bei uns in Niedersachsen begegnen wir dem Phänomen, dass sich Regionen auseinanderentwickeln. Wir freuen uns über die Dynamik und das Wachstum in den großen Städten in Niedersachsen, wir freuen uns über die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung vor allen Dingen im niedersächsischen Westen, aber wir müssen uns auch Sorgen um die Perspektiven anderer Regionen in unserem Land machen: im Süden, im Osten und in anderen Räumen Niedersachsens. Ich halte die regionale Disparität für eine der größten Herausforderungen, die sich uns in der Landesentwicklung überhaupt stellt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gerade vor diesem Hintergrund erklärt sich, wie wichtig die Unterstützung aus Europa für uns ist. Wir haben vor, diese Chancen zu nutzen. Die neuen Fördergrundsätze der Europäischen Union geben uns die Möglichkeit, eine integrierte Planung für einzelne Regionen voranzutreiben, gemeinsam mit den Kommunen, der Wirtschaft, mit vielen anderen Beteiligten. Wir wollen diese Möglichkeit engagiert nutzen - zum Wohle der Regionen in Niedersachsen und zum Wohle der Menschen in diesen Regionen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Europa nimmt an der einen oder anderen Stelle - das ist sicher wahr -, aber unter dem Strich gibt Europa viel mehr. Europa ist für uns nicht mehr wegzudenken, und deswegen verdient Europa es auch, dass wir für den Einigungsprozess werben,

dass wir uns zu diesem Einigungsprozess bekennen und dass wir uns insgesamt für diese europäische Einigung engagieren. Das ist im Interesse des Landes Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es wäre gleichwohl falsch, Skepsis und Kritik in unserer Gesellschaft an der Entwicklung der Europäischen Union einfach nur abzutun. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Gerade die engagiertesten Freundinnen und Freunde der europäischen Einigung müssen das größte Interesse an einer positiven weiteren Entwicklung haben.

An dieser Stelle gibt es in den nächsten Jahren manches zu tun. Wenn es heißt, Europa erreiche nicht mehr die Herzen der Bürgerinnen und Bürger, übersetze ich diese, wie ich finde, zutreffende Beobachtung für mich so: Europa muss mehr sein als nur ein ökonomisches Projekt, Europa muss mehr sein als nur ein Binnenmarkt, Europa muss Ziele für die nachhaltige und soziale Entwicklung einer europäischen Gesellschaft haben, und Europa muss diese Ziele auch Stück für Stück konkret umsetzen.

Es gibt, so meine ich, viele Beispiele aus den vergangenen Jahren dafür, dass vor allem die Europäische Kommission der Entwicklung des Binnenmarktes und des Wettbewerbs zu viel und anderen Gesichtspunkten zu wenig Augenmerk geschenkt hat. In Niedersachsen denken wir vor allem an den mehr als ein Jahrzehnt tobenden Streit um das VW-Gesetz. Zur gleichen Zeit, als sich der Volkswagenkonzern auf der Grundlage von Mitbestimmung und sozialer Verantwortung, aber auch der Anteilseignerschaft des Landes Niedersachsen immer erfolgreicher entwickelt hat und heute der größte private Arbeitgeber in ganz Europa ist, wurden diese Grundlagen durch die Europäische Kommission unter Hinweis auf die Freiheit des Kapitalmarktes angegriffen. Wir sind miteinander sehr froh, dass diese Auseinandersetzung mithilfe des Europäischen Gerichtshofes mittlerweile beendet ist. Aber neue Freunde hat sich Europa damit in Niedersachsen gewiss nicht gemacht. So etwas darf sich nicht wiederholen, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein zweites Beispiel: Vor wenigen Wochen haben wir einen Streit zwischen der Bundesrepublik und der Europäischen Kommission zur Zukunft der

energieintensiven Industrie in Deutschland erlebt. Die ursprünglichen Vorgaben der Kommission hätten gerade bei uns in Niedersachsen Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet: bei der Salzgitter AG ebenso wie bei Dow Deutschland in Stade, der Nordenhamer Zinkhütte oder vielen anderen Unternehmen. Ich bin sehr froh, dass es der Bundesregierung gelungen ist, doch noch ein verträgliches Ergebnis zu erzielen, und ich finde, ihr Engagement und ihr Verhandlungsgeschick in dieser Angelegenheit verdienen jede Anerkennung.

Aber die Europäische Kommission ist zu fragen: Wem in Europa wäre denn eigentlich damit gedient gewesen, wenn es bei den ursprünglichen Absichten geblieben wäre? Die Industrie in Deutschland und in Niedersachsen ist nach meiner festen Überzeugung nicht Teil der Probleme in Europa, sie ist Teil der Lösung, und daran sollte sich auch Europa erinnern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Europa darf keinen Tunnelblick entwickeln, der sich nur auf Binnenmarkt und Wettbewerb richtet. Europa muss sich mehr als früher als eine Wertegemeinschaft profilieren, als eine Gemeinschaft, die sich für die nachhaltige Entwicklung, für Solidarität und für Chancengleichheit einsetzt, in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, aber auch weltweit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa ist unverändert dramatisch. In einzelnen Mitgliedstaaten beträgt sie bis zu 60 %. Das mag auf den ersten Blick für uns in Deutschland durchaus Vorteile haben, machen sich doch deswegen junge qualifizierte Menschen aus Südeuropa auf den Weg nach Niedersachsen. Auf den zweiten Blick ist eine solche Entwicklung aber verhängnisvoll. In einer europäischen Gesellschaft, in der sich eine ganze Generation ohne jede Chance fühlt, wird auch der Glaube an die Demokratie und an eine gemeinsame europäische Zukunft erschüttert. Deswegen ist es nicht akzeptabel, wenn Europa weiterhin den jungen Menschen in Südeuropa die kalte Schulter zeigt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel erwähnen: Wo auf der Welt besteht denn die Chance, den Klimaschutz voranzutreiben, wenn nicht bei uns in Europa? Aber nach vielen guten Vorsätzen in den vergangenen Jahren erleben wir derzeit einen eher

leisen Rückzug. Die Folgen spüren wir auch in Niedersachsen, wenn z. B. moderne Gaskraftwerke vom Netz genommen werden, weil sie nicht mehr genügend Gewinn abwerfen. Umgekehrt pusten auch bei uns und in anderen europäischen Ländern alte Kohlekraftwerke unvermindert CO₂ in die Atmosphäre. Der mit allen guten Absichten ins Leben gerufene Handel für CO₂-Zertifikate funktioniert nicht, die Preise sind „im Keller“. Wem ernsthaft am Klimaschutz gelegen ist, wer insbesondere auch die deutsche Energiewende mit Erfolg weiterführen will, der muss sich energisch für eine Reform des CO₂-Handels auf der europäischen Ebene einsetzen, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein drittes Beispiel erwähnen, dessen Bedeutung wir allmählich zu erahnen beginnen. Ein substanzielles Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika würde weit mehr als nur einige Zölle hüten und drüben beseitigen. Tatsächlich würden zwei Wirtschaftsräume gemeinsame Regeln aufstellen, die zusammen sage und schreibe 70 % des Welthandels ausmachen.

Man muss kein Prophet sein, um zu erahnen, dass auf dieser Grundlage die Maßstäbe auch für ganz andere Volkswirtschaften gesetzt würden. TTIP ist also eine Chance - eine Chance zur Reduzierung von Kosten und eine Chance, gemeinsame Normen und Standards zu finden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das sind die positiven Seiten. TTIP kann sich aber auch als ein Risiko erweisen. Meine Damen und Herren, Arbeitnehmerschutzrechte und Verbraucherschutz dürfen nicht auf dem Altar des freien Handels geopfert werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Oh Gott!)

Sie sind Ausdruck unseres Bildes einer Gesellschaft, in der wir leben wollen. Deswegen ist es richtig, genau diese Fragen zu verhandeln. Genauso wichtig ist es aber, diese Verhandlungen mit äußerster Aufmerksamkeit zu verfolgen und sie zum Gegenstand einer breiten und auch öffentlichen Diskussion zu machen.

Das starke und immer größer werdende Europa hat eine große Verantwortung übernommen. Diese Verantwortung geht auch - das müssen wir uns

sehr klar machen - weit über den aktuellen Kreis der europäischen Mitgliedstaaten hinaus.

Ich bin, wie Sie wissen, in der vergangenen Woche an der Spitze einer großen Wirtschaftsdelegation in der Türkei gewesen.

(Dirk Toepffer [CDU]: Konnte man lesen!)

- Konnte man lesen, Herr Toepffer, richtig. Lesen ist gut, mitfahren ist besser!

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In vielen Treffen haben meine Gesprächspartner ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, wie sich denn wohl die wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land weiter darstellen könnte, wenn Europa und die USA gewissermaßen einen Zaun um einen gewaltigen Block des Welthandels errichten würden. Daran zeigt sich: Ein starkes Europa muss sich seiner Verantwortung für die eigenen Mitgliedstaaten, aber auch weit darüber hinaus sehr wohl bewusst sein.

Europa habe die Herzen seiner Bürgerinnen und Bürger verloren - meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, diesen Hinweis müssen wir auch in einer anderen Hinsicht sehr ernst nehmen. Dass Bürgerinnen und Bürger die Meinungsbildung und die Entscheidungsfindung der europäischen Politik nicht immer und überall ohne Weiteres nachvollziehen können, kann ich gut verstehen - mir selbst geht es manchmal ähnlich. EU-Kommissare haben beispielsweise noch nicht einmal ein eigenes, unmittelbares Weisungsrecht gegenüber der eigenen Generaldirektion, sie müssen dafür erst einen Beschluss der gesamten Kommission herbeiführen.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa würde mehr Demokratie guttun. Und es würde Europa auch guttun, wenn einzelne Persönlichkeiten mit der europäischen Politik identifiziert werden könnten. Auch so entsteht Bindung bei Wählerinnen und Wählern.

(Zuruf von der CDU: McAllister!)

Deswegen begrüße ich es sehr, dass der nächste Präsident oder die nächste Präsidentin der Europäischen Kommission nicht mehr hinter den verschlossenen Türen des Europäischen Rates, sondern in parlamentarischer Verantwortung und öffentlicher Sitzung von den Abgeordneten des nächsten Europäischen Parlaments gewählt wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und es sollte selbstverständlich sein, dass es sich dabei um diejenigen Kandidaten handelt, mit denen die Parteien jetzt gerade bei den Wählerinnen und Wählern werben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Also Angela Merkel! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Europa braucht mehr Vertrauen, Europa darf Vertrauen nicht verspielen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der SPD)

Und noch etwas würde Europa guttun: gelegentlich mehr Selbstbeschränkung, mehr Zurückhaltung, mehr Bescheidenheit. Grundlage des europäischen Einigungsprozesses ist nicht der Gedanke an einen alles regelnden europäischen Zentralstaat.

(Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Ich persönlich stände einer solchen Vorstellung auch einigermaßen kritisch gegenüber. Gerade in Deutschland haben wir sehr gute Erfahrungen damit gemacht, Verantwortung zu delegieren, und der Föderalismus in Deutschland ist nach meiner festen Überzeugung einer der Erfolgsfaktoren für die herausragende Entwicklung unseres Landes.

Mit diesem Bild eines Staates und einer Staatengemeinschaft, die sich der Subsidiarität verpflichtet fühlen, verträgt es sich nicht, wenn immer mehr Sachverhalte ohne Rücksicht auf unterschiedliche Gegebenheiten in den einzelnen Teilen Europas über einen Kamm geschert werden. Ich bin überzeugt davon: Für die weitere europäische Einigung ist es von zentraler Bedeutung, dass sich die Europäische Union sehr viel stärker der Subsidiarität verpflichtet fühlt, als dies bisher geschehen ist.

Ich habe übrigens bei zahlreichen Gesprächen mit europäischen Nachbarn in den vergangenen Monaten den Eindruck gewonnen, dass diese Haltung weit über Deutschland hinaus anzutreffen ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahlen zum Europäischen Parlament - ich sagte es - sind für uns in Niedersachsen von allergrößter Bedeutung. Wir sind mit Europa untrennbar verbunden. Auch die Entwicklung bei uns in Niedersachsen wird entscheidend durch Europa geprägt. Wir wissen, was wir an Europa haben. Und heute wird sich ein weiteres Mal der Niedersächsische Landtag einmütig zur europäischen Einigung bekennen. Dafür danke ich Ihnen sehr.

Europa ist nicht fertig, und Europa ist nicht perfekt. Es bedarf eines hohen Engagements, um die weitere politische Entwicklung in Europa in die richtige Richtung zu lenken. Daran wird sich die Landesregierung, aber, ich bin sicher, auch die Landespolitik insgesamt mit großer Intensität und großem Engagement beteiligen.

Davor steht aber in den nächsten Tagen nach meiner Überzeugung noch etwas ganz anderes: für Europa zu werben. Europa hat uns in Niedersachsen viel gebracht. Europa ist die Grundlage unserer Zukunft. Lassen Sie uns deswegen überall mit Engagement und mit Leidenschaft gemeinsam - bei allen sonstigen Unterschieden - für Europa werben! Meine Damen und Herren, die europäische Einigung hat es verdient!

Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN und Zustimmung von Horst Kortlang [FDP])